

FDP zur Haushaltskonsolidierung: Endlich sparen aus Vernunft, aber keine Angst vor dem Staatskommissar

Die FDP hat bei ihren Beratungen zum Sparkonzept einen Schwerpunkt im Bereich der Verwaltung und der nur scheinbar privatisierten Gesellschaften gesetzt. Sie unterstützt den Abbau von Stellen, da Oberhausen nach den Erkenntnissen der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) gemessen an der Bevölkerungszahl nicht nur die meisten Bediensteten im Lande hat, sondern auch die durchschnittlich am höchsten bezahlten. Hier sehen die Liberalen Potential über die Sparvorschläge hinaus.

Die FDP unterstützt den Gutachternvorschlag einer Re-Kommunalisierung der OGM, die mindestens 3 Mio. Euro per annum einsparen kann, will aber danach all diejenigen Aufgaben konsequent ausschreiben, die am Markt günstiger privat angeboten werden. Die OGM hat in der Vergangenheit alle Konsolidierungsvorgaben, ähnlich wie die scheinprivatisierte WBO, deutlich verfehlt. „Das ist auch kein Wunder“, meint FDP-Ratsgruppenvorsitzender Hans-Otto Runkler, „wenn der Kämmerer nicht schärfster Kontrolleur von außen, sondern als befangener OGM-Geschäftsführer oberster Rechtfertiger ist.“

Zu den Ungereimtheiten von OGM zähle auch, dass das Familienbad an der Marina angeblich unveränderten Zuschussbedarf benötige, obwohl sich die Kosten veranderalthalfacht haben. Diese Rechnung geht nach Ansicht der Liberalen nicht auf, und die Kommunalaufsicht schiebe mit Recht den unabsehbaren Risiken für das städtische Eigentum endlich einen Riegel vor. Damit sei aber auch die Existenzberechtigung einer ausgelagerten Gesellschaft entfallen.

Bei den Kulturinstituten will die FDP deren Einsparvorschlägen folgen, ohne Einrichtungen zu schließen. Das Theater solle darüber hinaus gute Ideen aus der Nachbarschaft aufgreifen, so FDP-Stadtverordneter Gerd Arlt: „In Mülheim gibt es nur einen Zugang statt sechs bei uns, ähnlich wird die Garderobe gehandhabt. Das tut der Begeisterung der Gäste ebenso wenig Abbruch wie der Qualität der Vorstellung.“

Bei der Vorstellung der GPA, im Kulturbereich könnten rund 10 Mio. Euro eingespart werden, weil es irgendwo eine Stadt gebe, die vergleichbar wenig ausgabe, vermissen die Liberalen eine triftige Begründung. „Trotz mehrfacher Nachfrage hat mir die GPA nicht erläutern können, warum bei Pflichtaufgaben ein geringerer Sparmaßstab angelegt werden soll als bei freiwilligen, aber für Bildung und Jugend unverzichtbaren Ausgaben“, ärgert sich Hans-Otto Runkler.

Als vorbildlich sieht er hingegen die Sparvorschläge im Jugendbereich an, wo durch ambulante Betreuung und Familienberatung kostspielige Heimunterbringung vermieden werden soll: „Gelsenkirchen hat das erfolgreich vorgemacht, und in einigen Jahren könnten so die jährlich angepeilten 12 Mio. Euro glaubhaft gespart werden.“

Für jede Schule soll ein Hausmeister zuständig und ansprechbar sein. „Sonst wird es durch Vandalismus richtig teuer“, meint FDP-Ratsgeschäftsführerin Regina Boos. Schlüsselgewalt für Vereine und Nutzer seien eine alte FDP-Forderung, da Überstunden und Doppelbesetzungen unbedingt zu vermeiden seien. Unsinnig sei auch das Zusammenstreichen der Schulgebäudeinstandhaltung, wo doch die GPA im Bereich der

Straßenunterhaltung sogar deutlich höhere Anstrengungen angemahnt habe, um kommunales Eigentum nicht verrotten zu lassen.

Steuererhöhungen lehnt die FDP grundsätzlich ab, da höhere Hebesätze erfahrungsgemäß eher weniger als mehr Einnahmen brächten. Bei der Gewerbesteuer gefährde dies Arbeitsplätze, bei der Grundsteuer belaste es Hauslehaber und Mieter, bei der Hundesteuer fördere es Unehrllichkeit und volle Tierheime. Versäumnisse in der Verwaltung dürften nicht auf dem Rücken der immer stärker belasteten Menschen ausgetragen werden. Runkler dazu: „ Aus gutem Grund haben FDP-Innenminister Wolf und die Landesregierung Kommunen im Nothaushalt von der Pflicht befreit, die höchsten Steuersätze im Lande zu kassieren. Das sollte Oberhausen nicht aus eigener Dummheit konterkarieren, selbst wenn CDU und SPD sich da einig sind.“

Die Veräußerung kommunalen Eigentums hält die FDP dann für sinnvoll, wenn sie den Haushalt strukturell dauerhaft entlastet. Bei der Luise-Albertz-Halle müsse man darüber nachdenken, wenn die Konsolidierungsvorgaben weiter verfehlt würden; bei der Wertentwicklung der RWE-Aktien und deren Dividendenrendite sei das hingegen ein schlechtes Geschäft.

Die Haushaltssicherung muss nach Ansicht der FDP von der Überzeugung in Notwendigkeiten geprägt sein und nicht etwa aus Angst vor einem Sparkommissar des Landes erfolgen. Aus gutem Grunde hätten weder die alte noch die neue Landesregierung solche eingesetzt, und die unverbindlichen Sparberater seien auch keine Erfolgsgeschichte geworden, wie Hans-Otto Runkler unterstreicht: „Auch ein Sparkommissar löst die strukturellen Probleme der Kommunalfinanzen nicht und wäre zum offenkundigen Scheitern verurteilt, zumal Oberhausen mit seinen Problemen alles andere als allein dasteht. Daher wird es ihn nicht geben – oder eine Landesregierung, die solche flächendeckend einzusetzen wagt, abgewählt. Folglich zählen jetzt in Land und Kommune nicht Drohung und Furcht, sondern Einsicht und Vernunft.“

FDP-Ratsgruppe Oberhausen